

Spät bemerkte Lücken im Gesetz

Kinderzulagen Die grüne Kantonsrätin Barbara Wyss (Solothurn) möchte Lücken in der Umsetzung des Familienzulagengesetzes von 2009 schliessen. Gestern erhielt sie in der Behandlung ihrer Interpellation im Kantonsrat Unterstützung von der SP- und der CVP/EVP/GLP-Fraktion. Wyss stösst sich daran, dass der Anspruch auf Kinderzulagen erlischt, wenn aufgrund einer Krankheit die Arbeitsunfähigkeit mehr als drei Monate dauert. Zudem hat die Vebo darauf aufmerksam gemacht, dass Arbeitnehmende mit einem Jahreseinkommen zwischen 4612 und 6960 Franken keinen Anspruch haben auf Kinderzulagen. Das bringe Arbeitnehmende, besonders in geschützten Werkstätten, immer wieder in finanziell prekäre Situationen (siehe Montagsausgabe). Mehr als die Hälfte der Kantone habe diese Lücke geschlossen. Beim Solothurner Volkswirtschaftsdepartement ist die Vebo aber laut Wyss auf taube Ohren gestossen.

Man habe bei der Behandlung des kantonalen Sozialgesetzes diese Lücken nicht bemerkt, zeigte sich SP-Sprecherin Susanne Schaffner (Olten) selbstkritisch. Und sie wies auf einen dritten Mangel im Gesetz hin: Erwerbstätige Eltern, die jünger sind als 20, erhalten keine Kinderzulagen.

Grüne und CVP machen Druck

Der Regierungsrat stellte sich auf den Standpunkt, dass der Kantonsrat 2008 der Teilrevision des Sozialgesetzes zur Anpassung an das Familienzulagengesetz klar zugestimmt habe – inklusiv der jetzt monierten Mängel. Barbara Wyss und die Sprecherin der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Sandra Kolly (CVP, Neuendorf), kündigten an, demnächst einen Auftrag einzureichen, der die Regierung zur Korrektur verpflichten will. «Wenn das Parlament eine Änderung wünscht, dann sind wir offen», erklärte Volkswirtschaftsdirktorin Esther Gassler. Die SVP- und die FDP-Fraktion sahen hingegen gestern keine ausreichende Notwendigkeit, dass der Kanton über die Bundesregelung hinausgehen soll. (SFF)



Krankenkassenprämie bezahlt? Eine Frage, die sich vor dem Eingriff künftig stellen könnte.

OLIVER MENGE

Behandlung nur im Notfall?

Krankenkassenprämien Kantonsrat will säumige Zahler härter anfassen

VON STEFAN FRECH

Ab 2012 muss der Kanton nicht bezahlte Krankenkassenprämien und Selbstbehalte, für die ein Verlustschein besteht, zu 85 Prozent übernehmen. Das kostet den Steuerzahler 5 bis 7 Mio. Franken pro Jahr. Das Kantonsparlament war sich deshalb gestern praktisch einig, dass die säumigen Zahler künftig härter angefasst werden sollen. Ausser der SP begrüsst alle Fraktionen explizit die Schaffung einer schwarzen Liste: Personen, die trotz Betreibung ihre Prämien nicht bezahlen wollen oder können, sollen auf einer nur für Gemeinden, Kanton und Krankenversicherer einsehbarer Liste erfasst werden. Die säumigen Zahler müssten dann damit rechnen, dass sie nur

noch in Notfallsituationen medizinisch versorgt werden. Auch sollen Prämienverbilligungen noch strikter nur direkt an die Versicherer ausbezahlt werden, damit Missbrauch verhindert werden kann.

«Nur eine Minderheit bezahlt absichtlich ihre Prämien nicht.»

Fränzi Burkhalter, SP

Nicht nur die bürgerlichen Fraktionen FDP, CVP/EVP/GLP und SVP sprachen sich bei der Behandlung von zwei Interpellationen für eine rasche Umsetzung dieser Massnahmen aus, sondern auch die Grünen. Man müsse aber auch die Prävention ver-

stärken, betonte Doris Häfliger (Zuchwil): «Viele Menschen verschulden sich heute, weil sie auf die Lockvogelangebote von Kreditgebern hereinfallen. Diese Werbung muss verboten werden.» Die SP störte sich an der negativen Darstellung des Problems: «Nur eine Minderheit bezahlt absichtlich ihre Prämien nicht», sagte Fränzi Burkhalter (Biberist). Der bürokratische Aufwand einer Liste werde den Nutzen wohl übersteigen.

Regierung will Liste prüfen

FDP und CVP/EVP/GLP wollen aber bald einen Auftrag einreichen, der den Regierungsrat zu Massnahmen verpflichtet. Peter Gomm versprach, rasch zu handeln, er warnte jedoch vor dem grossen administrativen Aufwand einer schwarzen Liste.

Schelte an SP und SVP

Steuerpräsident Seit Anfang Januar wirkt Thomas B. Fischer, Sohn von Regierungsrat Klaus Fischer, als Steuerpräsident von Olten-Gösgen. Gewählt hat ihn der Gesamtregierungsrat (Klaus Fischer trat in den Ausstand) auf Antrag des Finanzdepartements, das wiederum der Empfehlung des Leiters der Abteilung Natürliche Personen und des Chefs des kantonalen Steueramtes gefolgt ist. Es gab zwei Mitbewerber. Ausschlaggebend für den 31-jährigen Fischer war «die fachliche und persönliche Eignung» trotz mangelnder Führungserfahrung. Das geht aus der regierungsrätlichen Antwort auf eine überparteiliche Interpellation von SVP und SP hervor. Die Tonalität der Fragen respektive der implizit erhobene Vorwurf der Vetternwirtschaft ist bei den Fraktionen CVP/EVP/GLP und FDP nicht gut angekommen. FDP-Sprecher Beat Loosli (Starrkirch-Wil). «Es handelt sich um Mutmassungen, die nicht in eine Interpellation gehören.» Dem hielt Christian Werner (SVP, Olten) entgegen: Es werden Fragen gestellt, diese werden beantwortet – fertig. Der Regierungsrat habe es mit seinen Antworten verpasst, den Vorwurf der Vetternwirtschaft aus dem Weg zu räumen.

Finanzdirektor Christian Wanner als oberster Personalchef fasste die Fragen so auf: «Ein hochqualifizierter junger Mann bewirbt sich um eine Stelle beim Kanton und erhält sie. Dummerweise ist er Sohn eines Regierungsrates, und schon wird der Vorwurf eines Deals mit dem Finanzdirektor laut. So geht das nicht.» (MZ)

Zurück ans Fenster der Welt

IT-Strategie Weg von Linux im Anwenderbereich, zurück zu Microsoft: Dafür hat der Kantonsrat 5,8 Mio. Franken bewilligt.

VON MARCO ZWAHLEN

Alle Kantonsangestellten sollen bis im Laufe des nächsten Jahres wieder nur ausschliesslich mit Microsoft-Produkten arbeiten. Die Linux-Arbeitsoberfläche verschwindet vollständig, Open Source (lizenzgebührenfrei) kommt primär nur noch im Hintergrund (Server- und Datenbankbereich) zum Einsatz (wir berichteten). Im Zuge dieses radikalen Strategiewechsels hat der Kantonsrat gestern einen Zusatzkredit von 5,8 Mio. Franken –5,57 Millionen davon als Nachtragskredit für 2011, 230 000 Franken via Budget 2012. Somit belaufen sich die Gesamtkosten inklusive bereits bewilligter 290 000 Franken und nicht ausgabenwirksamer interner Dienstleistungen des Amtes für Informatik und Organisation von 2,365 auf 8,455 Mio. Franken. Davon abgezogen werden können 1,75 Mio. Franken, die nach dem Investitionsstopp im Zuge des Debakels mit Linux wieder in die Staatskasse fliessen. Im Rahmen der Umstellung der Verwaltung ab diesem Jahr müssen 1700 Lizenzen für Microsoft Office/Outlook 2010 beschafft werden.

Bewusste Kostenunwahrheit

Im Kantonsrat war der Kredit im Sinne eines Neuanfanges unbestritten: Mit dem neuen Chef «ist das Amt für Informatik jetzt auf den Anwen-



«Ich habe kein Geld verdammt. Diesen Vorwurf der SVP akzeptiere ich nicht.»

Christian Wanner, Finanzdirektor

der ausgerichtet. Das ist entscheidend, damit das Projekt zum Fliegen kommt», so FDP-Sprecher Beat Loosli (Starrkirch-Wil). Für SP-Sprecherin Fränzi Burkhalter entscheidend ist, dass die Kantonsangestellten wieder effizient und störungsfrei mit der Aussenwelt kommunizieren können. Und auch die Finanzkommission ist laut ihrer Präsidentin Susanne Schaffner (SP, Olten) überzeugt, dass «nun das Controlling und Projektmanagement funktioniert.» Unter der Linux-Ära und dem alten Amtschef sei dies ganz klar nicht der Fall gewesen.

Für Kritik sorgte vor allem die angebliche Kostenwahrheit. Der Expertenbericht spricht trotz dem Debakel davon, dass mit Linux gespart worden wäre. CVP/EVP/GLP-Sprecher Roland Fürst (Gunzgen) meinte, dass Linux immer noch als Erfolgsstory verkauft würde, obwohl dies klar nicht so sei. Weiche Kostenfaktoren, der Arbeitsaufwand für die Mitarbeiter der Verwaltung und Produktivitätsverluste sind nicht berücksichtigt. «Wäre dem so, würde es das Ganze in ein ganz anderes Licht stellen. Es sähe bedenklich aus», so Fürst.

Entschuldigung für Ärger

Auch SVP-Sprecher Heinz Müller (Grenchen), ein Linux-Strategie-Kritiker erster Stunde, betont: «Die Vorlage entspricht nicht der Kostenwahrheit. Sogar noch von Gewinn zu reden, ist stossend.» Er wies auch darauf hin, dass sämtliche Bedenken über Jahre immer in den Wind geschlagen worden seien. Wer schuld ist? Es sei weder kommandiert noch kontrolliert, noch korrigiert worden. Damit war Müller bei der Verantwortlichkeit: «Der Finanzdirektor hat diese übernommen. Nur gesagt hat er nicht wie?» Christian Wanners Replik: «Es gibt immer mehrere Schuldige.» Fakt sei, dass die duale Strategie richtig sei. Und: Geld sei keines verloren gegangen. Es konnten aber nicht die Einsparungen erzielt werden, die erwartet worden seien. «Ich habe kein Geld verdammt. Den Vorwurf, Geld in den Sand gesetzt zu haben, akzeptiere ich von der SVP nicht», so Wanner. Für den Ärger entschuldigte sich der Finanzdirektor.

In Kürze

Staatsanwalt Christian Calamo ist gewählt

Mit 87 Stimmen hat der Kantonsrat den 48-jährigen Rechtsanwalt Christian Calamo (Buchs) zum Staatsanwalt gewählt. Calamo ist zurzeit Leiter des Amtes für Justiz des Kantons Nidwalden. Er ersetzt den zum Amtsgerichtspräsidenten von Solothurn-Lebern gewählten Rolf von Felten. Auf die Ausschreibung waren 10 Bewerbungen eingegangen. Zur Wahl stand nur Calamo. (SZR)

Jugendgericht Anne Eberhard ist gewählt

Mit 62 Stimmen hat der Kantonsrat Anne Eberhard (SVP, Bettlach) zum Ersatzmitglied des Jugendgerichtes gewählt. Sie setzte sich gegen Mireille Kurt (Grüne) durch, auf die 19 Stimmen entfielen. (SZR)

Ratssplitter

Allzu viel Nähe, auch unter Parteifreunden, kann Folgen haben: Nachdem **Hubert Bläsi (FDP)** gerade mit viel Elan zu seinem Votum betreffend Schulferienregelung angesetzt hatte, stand der unmittelbar vor ihm sitzende **Regierungsrat Christian Wanner (FDP)** auf und verliess den Saal. «Ich habe wahrscheinlich eine nasse Aussprache», bemerkte Bläsi schmunzelnd und blickte Wanner nach. (SFF)

Ordnung macht einen guten Eindruck: **Kantonsratspräsident Claude Belart** kündigte gestern den Besuch der **Ratsleitung des Grossen Rates Kanton Bern** auf 10.30 Uhr an. Belart bat die Kantonsrätinnen und -räte, bis dann die Zeitungen gelesen zu haben: «Wir wollen doch **dene Cheibe** zeigen, dass wir ein sauberes Parlament sind.» (MZ)

Sind vor dem Fiskus alle gleich?

Steuerpraxis In einer Interpellation wollte die SVP unter anderem wissen, ob Staatsangestellte, insbesondere Besserverdienende, bei Steuerschulden kulanter angegangen werden. Laut der Antwort der Regierung würden alle Bürger gleich behandelt. Damit war die SVP zufrieden. Auch die CVP/EVP/GLP-Fraktion sieht laut Annelies Peduzzi (CVP, Deitingen) «keinen Handlungsbedarf». Grünen-Sprecherin Marguerite Misteli (Solothurn) meinte jedoch, dass ihr zu Ohren gekommen sei, dass Steuerzahler mit dickem Portemonnaie besser behandelt würden. Finanzdirektor Christian Wanner bat daraufhin Misteli, ihm solche Fälle schriftlich zukommen zu lassen. «Selbstverständlich mit dem Einverständnis der Betroffenen: Denn auch für einen Finanzdirektor gilt das Steuergeheimnis.»

SVP will Abzüge vereinfachen

In der Diskussion zu einer zweiten Interpellation der SVP kritisierte Roman Jäggi (SVP, Fultenbach) die «totale Unübersichtlichkeit» bei den Steuerabzügen bei Spenden und Mitgliederbeiträgen. Dem Steueramt gehe es darum, möglichst wenige Abzüge zuzulassen. «Wir werden einen Auftrag formulieren, der eine Vereinfachung verlangt.» Finanzdirektor Christian Wanner konterte: «Es ist mitnichten so, dass die Abzugsmöglichkeiten unübersichtlich sind.» Bei der Auslegung, welche Vereine oder Verbände als gemeinnützig gelten, gebe es zwar eine Grauzone. «Diese wird aber in der Regel zugunsten des Steuerzahlers ausgelegt.» (MZ, SFF)